

Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy

anlässlich der 28. Botschafterkonferenz

Paris, 25. August 2010

Sehr geehrter Herr Premierminister,
sehr geehrter Herr Senatspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident der Nationalversammlung,
sehr geehrter Herr Minister für europäische und auswärtige Angelegenheiten,
sehr geehrte Damen und Herren Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,

es gibt Augenblicke in der Geschichte, wo das Schicksal sich zum Gutem oder zum Schlechtem wendet. Augenblicke, in denen alle Anstrengungen entweder umsonst waren oder aber zu nachhaltigen Fortschritten führen. Heute leben wir in einem solchen Augenblick.

Das gilt für das Vorgehen der internationalen Gemeinschaft in dem Krisenbogen, der sich von den Grenzen Pakistans über Iran und Nahost bis hin zu den Grenzen der Sahelzone erstreckt.

Das gilt auch für Europa, wo der Vertrag von Lissabon und die in der Finanzkrise getroffenen Entscheidungen Perspektiven eröffnen, die es auszubauen gilt, um aus der Europäischen Union einen globalen Akteur zu machen.

Das gilt ebenso für die Weltwirtschaft, die noch nicht wieder zu einem starken und nachhaltigen Wachstum zurückgefunden hat, während die G20 beweisen muss, dass sie gewillt ist, die notwendigen Reformen weiterzuführen.

An dem großen Tisch, an dem die Entscheidungen getroffen werden, sind neben den großen Industrienationen nun auch neue Akteure vertreten. Zu Recht fordern sie die Anerkennung ihrer Rechte. Sie müssen jedoch auch akzeptieren, dass mit diesen Rechten Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten verbunden sind, die es zu erfüllen gilt. Sie müssen einsehen, dass ihr durchschlagender Erfolg sie verpflichtet, von nun an nicht mehr nur ihre eigenen Interessen zu verteidigen, sondern auch zur Lösung der Probleme in der Welt beizutragen. Eine Veränderung zeichnet sich ab und darüber freue ich mich.

In diesem Augenblick der Geschichte, wo das Schicksal noch unentschieden ist, brauchen wir Entschlossenheit und Einigkeit, damit die Waage sich zur richtigen Seite neigt. Wenn wir uneins und zögerlich sind, wenn wir uns, unter großen Industrienationen und aufstrebenden Schwellenländern, nicht darauf verständigen können, welche Ziele wir verfolgen und wie wir sie erreichen wollen, wenn wir angesichts der Herausforderungen durch den Terrorismus und die Verbreitung von Atomwaffen,

angesichts der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und der Erderwärmung nicht in der Lage sind, im Team zu spielen, dann sind wir bei der Erfüllung unserer Pflicht gescheitert.

In diesem Augenblick der Geschichte, wo das Schicksal noch unentschieden ist, muss Frankreich seine Vorstellungen und seine Entschlossenheit bekräftigen. Es muss aber ebenso versuchen zusammenzuführen, es muss dazu beitragen, dass für jede der großen Herausforderungen, die wir zu meistern haben, der Weg gefunden wird, der verbindet – nämlich der fortschrittliche, der ehrgeizige Weg. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie Frankreichs Sicht in die Welt tragen, aber auch, dass Sie die Erwartungen der Welt aufzunehmen wissen.

Meine Damen und Herren Botschafter,
der Kampf gegen den Terrorismus gehört weiterhin zu den obersten Prioritäten.

Zwar bestätigen alle Analysen, dass Al Kaida, aufgrund der Schläge die ihm seit 2001 zugefügt wurden, deutlich an Fähigkeiten eingebüßt hat, verheerende Anschläge gegen westliche Länder zu verüben. Jedoch haben Al Kaida und alle, die behaupten, dazu zu gehören, ihren Einfluss und ihre mörderische Gewalt in einigen Ländern, von Pakistan bis Mali, verstärkt.

Jedes Land sieht sich mit einer spezifischen Situation konfrontiert, auf die die jeweiligen Regierungen, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, entsprechend reagieren müssen. Es gibt heute keine operative Koordinierung zwischen den Gruppen, die an den verschiedenen Fronten dieses Krisenbogens agieren. Sollte sich die Situation jedoch verschärfen, wäre die Gefahr groß, dass sich eine geschlossene Reihe bildet, die zwischen den terroristischen Lagern in Quetta und Süd-Afghanistan und denen in Jemen, Somalia und der Sahelzone verläuft.

Was Afghanistan angeht, so tendieren die Kommentatoren derzeit zu Katastrophenmeldungen. Jeden Tag wird die Rückkehr der Taliban angekündigt, als ob die Würfel bereits gefallen wären, als ob wir das afghanische Volk nun aufgeben würden.

Tatsache ist, dass die Taliban trotz empfindlicher Verluste im Süden und Osten des Landes weiterhin stark sind. Dagegen ist der Rest des Landes mit weniger Gewalt konfrontiert. Die Koalitionstruppen und die afghanische Regierung haben ihre Strategie angepasst und tun dies auch weiterhin. Ich bin überzeugt, dass wir Erfolg haben werden, wenn wir unsere Arbeit mit Überzeugung weiterführen. Jeder muss seine Verantwortung voll und ganz übernehmen, so wie es auf den Konferenzen in London und Kabul klar und deutlich festgelegt wurde.

Zur Verantwortung der Bündnispartner, also zu unserer Verantwortung, gehört die Verteidigung der Afghanen in den Regionen, die von den Taliban bedroht werden; gehört die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, damit sie in der Lage sind, selbst zu kämpfen; und schließlich eine auf die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittene zivile Unterstützung. Das ist Frankreichs Aufgabe in Kapisa und Surobi. Die Zahl der Opfer ist hoch; und sie ist diese Woche sogar noch gestiegen. Aber stellen wir uns doch einmal vor, wie hoch sie wäre, wenn wir nicht dort wären? Erinnern wir uns, was die Taliban in der Vergangenheit angerichtet haben; denken wir an die Tausenden afghanischen Opfer, die durch sie zu beklagen sind.

Die afghanische Regierung muss ihrerseits unbedingt die Führung ihres Landes verbessern. Sie muss die Korruption und die Drogenkriminalität bekämpfen. Sie muss auch, und das ist ihre wichtigste Aufgabe, denen Versöhnung anbieten, die auf Gewalt verzichten, jegliche Verbindung zu Al Kaida abbrechen und die afghanischen Institutionen respektieren. Schließlich muss sich die afghanische Regierung ernsthaft darauf vorbereiten, für die Sicherheit in den Provinzen und Distrikten zu sorgen, die als ausreichend stabil erachtet werden, damit sie diese Verantwortung übernimmt.

Unsere Arbeit im Dienste des Friedens darf nicht von irgendwelchen künstlichen Zeitplänen oder den Launen der Medien abhängig gemacht werden. Wir haben realistische politische Ziele, die durch einen schrittweisen und geordneten Übergang erreicht werden. Wir haben eine klare Strategie: Setzen wir sie

bis zum Ende um! Frankreich und seine Bündnispartner werden so lange in Afghanistan sein wie nötig und so lange es das afghanische Volk wünscht.

Ohne die Hilfe Pakistans wird jedoch kein Sieg möglich oder von Dauer sein. Mit internationaler Hilfe stellt sich dieses Land tapfer den Folgen der Überschwemmungen von noch nie dagewesenem Ausmaß. Es steht vor ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Es muss den Terrorismus in seinem Land besiegen. Aber es muss auch dagegen vorgehen, dass afghanische Terroristen auf seinem Territorium Zuflucht finden. Das habe ich am 2. August auch Präsident Zardari gesagt. Frankreich wird Pakistan in diesem Kampf gegen jegliche Form des Terrorismus unterstützen. Er muss unmissverständlich geführt werden. Je weniger Unklarheiten herrschen, desto überzeugter wird die internationale Gemeinschaft von der Notwendigkeit sein, seine Regierung zu unterstützen.

In Jemen geht es um die Stabilität der gesamten arabischen Halbinsel. Vor einem Jahr, als sich eine bewaffnete Bewegung über das Land ausbreitete und drohte, sich auch auf das benachbarte Saudi Arabien auszuweiten, haben mehrere Staaten, darunter Frankreich, ihrer Verantwortung Rechnung getragen. Auf die gewaltsamen Ausschreitungen folgte eine brüchige Waffenruhe. Aber das Problem besteht immer noch. Es kann nur durch einen Dialog und Reformen gelöst werden.

Auf der anderen Seite des Golfs von Aden, in Somalia, ist klar, was auf dem Spiel steht: Die tödlichen Attentate von Kampala im Juli haben gezeigt, dass die islamistischen Al-Shabab Milizen nunmehr in der Lage sind, ihren Kampf weit über die Grenzen hinaus auszuweiten. Ihr Sieg in Mogadischu würde Somalia zu einer Ausgangsbasis für Al Kaida machen und die Region, die durch die schweren Auseinandersetzungen in Sudan bereits geschwächt ist, noch weiter destabilisieren.

Frankreich trägt durch seine militärische Präsenz in Dschibuti, in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik zur Stabilität in der Region bei. Auf Wunsch der Afrikanischen Union und gemeinsam mit seinen europäischen Partnern wird es seinen Einsatz in Somalia intensivieren. Nach der Ausbildung von 500 Soldaten in Dschibuti werden derzeit 2000 somalische Soldaten in Uganda trainiert, und die afrikanische Friedenstruppe AMISOM, für die wir bereits 5600 Mann ausgebildet haben, wird ebenfalls verstärkt.

Natürlich wird es keine rein militärische Lösung geben. Die Europäische Union, die den größten Teil der Hilfe leistet, muss ihre Anstrengungen fortsetzen und mit Hilfe aller anderen Partner die Regierung bei der Festigung ihrer politischen Grundlage unterstützen. Denn dies ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau staatlicher Strukturen. Und auf diese Weise wird sich auch das Problem der Piraterie dauerhaft lösen lassen.

Schließlich wurde mit der Ablehnung von Verhandlungen und der Ermordung von Michel Germaneau erneut die Barbarei der maghrebinischen Al Kaida in der Sahelzone deutlich. Diese Terroristen versuchen, ihren Einfluss auf die großen Wüstenregionen auszuweiten, wo die Staaten Schwierigkeiten haben, ihre Präsenz zu behaupten.

Ein Angriff mauretanischer Sicherheitskräfte mit Frankreichs Unterstützung im vergangenen Juli war der erste schwere Schlag gegen die Terroristen. Ich sage Ihnen: Dieser Tag stellt eine entscheidende Wende dar. Frankreich sichert den Regierungen, die darum bitten, uneingeschränkte Hilfe bei der Ausbildung, Ausrüstung und Aufklärung der mobilen Kräfte zu, die diese Länder benötigen, um Gruppen zu bekämpfen, die die Stabilität der gesamten Sahelzone bedrohen. Parallel dazu trägt unsere zivile Zusammenarbeit dazu bei, dass die Staaten die Bevölkerung besser unterstützen können, und ich wünsche mir, dass sich die Europäische Union auf diesem Gebiet noch stärker einbringt.

Frankreich steht außerdem Algerien, Marokko, Tunesien und Libyen zur Seite: Ihr Kampf gegen den Terrorismus ist auch unser Kampf, denn ihre Sicherheit lässt sich nicht von der unseren trennen.

*

Im Zentrum dieses Krisenbogens steht Iran. Das Regime übt Kontrolle durch Unterdrückung aus und wendet massiv die Todesstrafe an, auch eine der verachtenswertesten Formen der Hinrichtung: die Steinigung, die auch Frau Mohammadi droht. Iran schürt die Gewalt und den Extremismus in dieser Region. Aber vor allem stellt er heute die größte Bedrohung für die internationale Sicherheit in einem der wichtigsten Bereiche dar: der Verbreitung von Atomwaffen.

Damit man mich richtig versteht: Frankreich steht der Stromerzeugung aus Kernenergie offen gegenüber, so lange die internationalen Standards streng eingehalten werden. Aus diesem Grund begrüßt es die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Buschehr, das seine Brennstäbe vollständig aus Russland bezieht und künftig auch beziehen wird. Das Problem liegt ganz woanders.

Vor knapp einem Jahr berichteten Barack Obama, Gordon Brown und ich in Pittsburgh über die geheime Anlage, die Iran zu Proliferationszwecken aufbaute. Ich habe daraufhin erklärt, dass Sanktionen gegen Iran verhängt werden müssten, sollte das Land seine Politik nicht ändern. Das haben wir getan. Der Sicherheitsrat, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und noch weitere haben strenge und für Europa noch nie dagewesene Maßnahmen ergriffen. Es war höchste Zeit, denn jeder weiß um die schwerwiegenden Konsequenzen einer Politik, die Iran seinen nuklearen Wettlauf fortsetzen lassen würde: Dies würde zu einer allgemeinen Verbreitung von Atomwaffen in der Region führen oder zu einem Militäreinsatz – in jedem Fall zu einer schweren Krise.

Wir werden also die Sanktionen entschlossen umsetzen und ich rufe alle Länder dazu auf, es uns gleich zu tun. Einige sind der Meinung, dass Sanktionen nichts bringen, dass sie gar zum Krieg führen. Das ist falsch. Sie scheitern, wenn sie nicht weit genug gehen oder kein eindeutiges Ziel verfolgen. Unser Ziel ist einfach: Wir wollen Iran zu verstehen geben, dass der Preis für seine Entscheidungen hoch ist und immer höher wird und dass es eine Alternative gibt: die Aufnahme von Verhandlungen; allerdings von ernsthaften, konkreten Verhandlungen, die das Thema unmittelbar betreffen. Ob Iran dazu bereit ist, wird sich im September zeigen, wenn Frau Ashton und die Sechsergruppe auf die iranischen Verhandlungsführer treffen und in Wien die Gespräche über die Lieferung von Uran für den zivilen Atomreaktor in Teheran beginnen.

Ich wünsche mir, dass wir in den kommenden Monaten zu einer zufriedenstellenden Einigung gelangen, dass sich Iran an das Recht hält und dass wir die internationale Gemeinschaft von ihren Sorgen befreien können. Die Sorgen der direkten Nachbarn Irans müssen dabei berücksichtigt werden, und sie müssen zu jeder Einigung angehört werden.

Sollte jedoch keine glaubwürdige Einigung erzielt werden können, wird sich die Isolation Irans unwiderruflich verschärfen. Sollte eine Bedrohung konkreter werden, müssten wir uns auch organisieren, um die bedrohten Staaten zu schützen und zu verteidigen.

*

Einige behaupten, dass die Gewalt entlang des gesamten Krisenbogens auf einen einzigen Grund zurückzuführen sei: Eine fehlende Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Das ist eindeutig falsch. Diejenigen, die in Bagdad oder Kandahar töten, wollen ihre Feinde in Irak oder Afghanistan auslöschen. Aber klar ist, dass eine Friedensregelung zwischen Israelis und Palästinensern die politischen Gegebenheiten im gesamten Nahen Osten verändern würde?

Auch hier ist das Schicksal noch unentschieden. Auch hier ist es eine Frage des Willens und der Entschlossenheit. Ich sage es hier vor Ihnen noch einmal: Ein Friedensabkommen, dessen Eckpunkte jedem bekannt sind, kann innerhalb eines Jahres unterzeichnet werden. An die Aufnahme direkter Verhandlungen am 2. September sind große Erwartungen und Hoffnungen geknüpft. Und sie sollten nicht enttäuscht werden. Der Palästinenser haben das Recht auf einen lebensfähigen und demokratischen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967, der gleichzeitig der beste Garant für die Sicherheit Israels und seine vollständige Integration in die Region ist, entsprechend der Arabischen Friedensinitiative. Es ist auch der einzige Weg, im Interesse beider Völker den Extremismus

einzudämmen und das Vertrauen in die Zukunft wiederherzustellen. Die ganze internationale Gemeinschaft wird diesen Prozess, der jetzt wieder in Gang kommt, unterstützen müssen.

Aus diesem Grund erklärt sich Frankreich bereit, die zweite Geberkonferenz zur Unterstützung des palästinensischen Volkes erneut in Paris auszurichten, um die letzte Phase des Wiederaufbaus der Wirtschaft und der Strukturen des künftigen Staates zu finanzieren. Neben den erwarteten Finanzhilfen soll diese Konferenz dem konkreten und starken Willen der internationalen Gemeinschaft Ausdruck verleihen, der Zwei-Staaten-Lösung zum Sieg zu verhelfen.

In diesem Zusammenhang wünscht Frankreich sich, in Ko-Präsidentschaft mit Ägypten, dass das zweite Gipfeltreffen der Union für das Mittelmeer Ende November in Barcelona stattfindet. Es wird Gelegenheit bieten, mehrere bedeutende Wirtschaftsprojekte zu verabschieden, die zeigen, dass alle teilnehmenden Länder in der Lage sind, gemeinsam eine bessere Zukunft für alle Völker des Mittelmeerraumes aufzubauen.

Ebenso ist Frieden zwischen Syrien und Israel möglich. Frankreich, das wieder einen regelmäßigen, für die gesamte Region nützlichen Dialog mit Damaskus aufgenommen hat, bemüht sich insbesondere an der Seite der Türkei um eine Einigung. Ich habe Botschafter Jean-Claude Cousseran, der mein vollstes Vertrauen genießt, einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Jetzt, da die Hoffnung in der Region wieder auflebt, wäre es unannehmbar, dass Libanon erneut in Gewalt versinkt. Frankreich war erfreut über den gleichzeitigen Besuch des saudischen Königs Abdullah und des syrischen Präsidenten Bashar Al Assad in Beirut. Es versichert den demokratischen Institutionen, dem libanesischen Präsidenten Suleiman und Premierminister Hariri seine volle Unterstützung. Durch seine tiefe Verbundenheit mit diesem Land fühlt sich Frankreich als Freund aller Libanesen. Es setzt sich für die Stabilität eines vielfältigen Libanon ein, in dem alle Gemeinschaften in gegenseitiger Toleranz und gegenseitigem Respekt zusammenleben können. Das Handeln der internationalen Gemeinschaft in Libanon zielt einzig und allein auf diese Stabilität ab. Ebenso wie der Auftrag der UNIFIL im Dienste des Friedens und der Souveränität Libanons, die alle Nachbarländer respektieren müssen.

*
* *

Meine Damen und Herren Botschafter,
auch in Europa ist das Schicksal noch unentschieden zwischen Gutem und Schlechtem. Im letzten Winter überwog Schlechtes: Plötzlich war die Krise im Zusammenhang mit den griechischen Schulden für die Kommentatoren und sogar für die Märkte zu einer Krise des Euro geworden, dessen Fortbestand in Zweifel gezogen wurde.

Gestatten Sie mir, jetzt da das Gewitter vorbei ist, hier an einige einfache Tatsachen zu erinnern.

Zunächst einmal haben sich die öffentlichen Finanzen – bei Defiziten wie beim Schulden – im Euroraum insgesamt deutlich weniger verschlechtert als in den Vereinigten Staaten oder in Japan.

Dann ist es den Europäern gelungen, anders als oft behauptet wird, mit einem massiven Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden Euro und einem Schutzschirm für den gesamten Euroraum in Höhe von 750 Milliarden Euro wirkungsvoll darauf zu reagieren. Die griechische Regierung hat die erforderlichen mutigen Maßnahmen ergriffen und tut dies auch weiterhin.

Zwar wäre es besser gewesen, schneller zu handeln. Aber man darf nicht vergessen, dass in Europa 27 souveräne Staaten am Entscheidungsprozess beteiligt sind. In Erinnerung bleiben wird, dass Europa wie immer seine Schwierigkeiten überwunden hat, indem es Solidarität und Einigkeit gezeigt hat.

In Erinnerung bleiben wird, dass diese Schwierigkeiten der EU die Gelegenheit für neue Fortschritte geboten haben – haben sie doch bewirkt, dass die Wirtschaftsregierung bekräftigt wurde.

In Erinnerung bleiben wird, dass wieder einmal die deutsch-französische Verständigung, trotz anfänglich unterschiedlicher Ansätze, diesen Fortschritt für Europa ermöglicht hat. Im entscheidenden Moment war die deutsch-französische Verständigung ausschlaggebend.

Was ich von dieser Prüfung in Erinnerung behalten werde ist, dass wir die Effizienz der europäischen Institutionen stärken müssen. Der Anfang ist gemacht mit dem ständigen Präsidenten des Europäischen Rats, der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik und dem dazugehörigen Dienst. Der nächste Schritt ist die Wirtschaftsregierung der 27, wobei immer wenn nötig die 16 des Euroraums zusammenkommen. Vor nur wenigen Monaten war die Idee einer Wirtschaftsregierung fast ein Tabu, außer für Frankreich. Heute ist sich ganz Europa einig, dass eine richtige europäische Wirtschaftsregierung nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar ist. Sie muss jetzt konkret umgesetzt werden. Die Arbeiten laufen; Frankreich und Deutschland haben ambitionierte Vorschläge gemacht, die in unserem Ministerrat am 21. Juli von Herrn Schäuble und Frau Lagarde vorgestellt wurden. Im Oktober wird der Europäische Rat auf der Grundlage der Vorschläge seines Präsidenten Herman van Rompuy die gebotenen Entscheidungen treffen.

Aber Europa kann sich nicht nur auf Wirtschaftsfragen beschränken, seien sie auch noch so wichtig.

Was die Geschichte uns lehrt ist, dass kein Raum des Wohlstands überdauert hat, wenn er nicht in der Lage war, seine Sicherheit und die Vertretung seiner Interessen zu gewährleisten. Davon sind wir in Europa noch weit entfernt.

Die Krise vergrößert noch den Unterschied zwischen dem Bemühen unserer amerikanischen Bündnispartner und den vereinzelt und immer weniger werdenden Anstrengungen der Europäer. Während der französischen EU-Ratspräsidentschaft haben wir gemeinsam Antworten festgelegt. Sie müssen umgesetzt werden, denn mit Verfahrensmauern und Papierbataillonen wird man Europa nicht verteidigen können.

Gegen die Gefahren, die unseren vitalen Interessen drohen, haben wir die atomare Abschreckung, die zugleich die Garantie für unsere Unabhängigkeit ist. Aber angesichts der neuen Herausforderungen sind die Europäer im Rückstand, dabei müssen sie auch an der Sicherung der Meere mitwirken, die für unseren Handel so wichtig ist, ebenso an der Sicherheit im Weltraum und künftig auch im Cyberspace.

Frankreich ist bereit, sich für konkrete Projekte einzusetzen, die es uns ermöglichen, die schwierigsten Kampfeinsätze zu gewährleisten. Die Erklärungen unserer britischen Bündnispartner zur bilateralen Zusammenarbeit mit Frankreich habe ich zur Kenntnis genommen. Wir sind bereit, darüber tabufrei zu diskutieren.

Mit diesem Anliegen fahre ich zum NATO-Gipfel Ende November in Lissabon, wo wir ein neues strategisches Konzept verabschieden werden.

Unser militärisches und atomares Bündnis ist grundlegend wichtig für unsere Sicherheit. Aber es muss reformiert werden, seine Strukturen müssen abgespeckt werden und es muss sich an die neuen internationalen Gegebenheiten anpassen. Es braucht verlegbare, robuste Kräfte, und wie die afghanische Erfahrung zeigt, ist eine bessere Koordination zwischen militärischem und zivilem Vorgehen erforderlich. Die neuen Bedrohungen verlangen eine erneuerte, engere Beziehung zwischen NATO und Europäischer Union.

Mit Russland müssen unsere gemeinsamen Interessen es möglich machen, sofern Moskau dies wünscht, eine beispiellose Partnerschaft für die Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raums aufzubauen. Frankreich wird Russland im nächsten Monat genaue Vorschläge zu den Beziehungen Russlands zur EU und zur NATO oder im Rahmen der OSZE unterbreiten, deren Gipfel Anfang Dezember in Astana stattfindet.

Meine Damen und Herren Botschafter,
mit 500 Millionen Bürgern und einer Wirtschaftskraft von fast 30 % des weltweiten BIP, mit mehr als 35 % Direktinvestitionen im Ausland und fast 60 % der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe hat die Europäische Union die Karten auf der Hand, die sie braucht, um sich als globale Wirtschaftsmacht durchzusetzen.

Doch muss sie auch den Willen haben, realistisch und im Rahmen einer kohärenten Strategie, die auf konkrete Ergebnisse und beiderseitigen Nutzen abzielt, seine Trümpfe auszuspielen. Europa ist der größte Markt und der größte Importeur der Welt: Zögern wir also nicht, fordernd und entschlossen zu spielen, um uns Märkte zu erschließen, die bisher nicht sehr zugänglich sind! Zögern wir nicht, uns dafür stark zu machen, dass sich die Regeln eines lautereren Wettbewerbs durchsetzen! Zögern wir nicht, gegen Steuerdumping, Sozialdumping und Umweltdumping vorzugehen!

Bei der Sondersitzung des Europäischen Rats am 16. September, bei der es um das Verhältnis der Europäischen Union zu ihren großen Partnern geht, müssen wir in all diesen Punkten vorankommen.

Die Europäische Union muss sich auch die Mittel verschaffen, die es ihr ermöglichen, im weltweiten Wettbewerb weiterhin in vorderster Reihe zu stehen. Dazu muss sie die Wirtschaftsstrategie, die wir beim Europäischen Rat im Juni verabschiedet haben, entschlossen umsetzen. Sie muss alle unsere Finanzmittel im Dienste eines stärkeren und nachhaltigeren Wachstums einsetzen, wobei Forschung, Bildung und Beschäftigung im Vordergrund stehen müssen, aber auch die Landwirtschaft, die für Europa ein größeres Exportvolumen ausmacht als die Luftfahrtindustrie: Europa muss, wie die Vereinigten Staaten, seine „grüne Macht“ nutzen.

*

In einer Welt, die sich tiefgreifend verändert, in unserem Europa, das Fortschritte macht, steht Frankreich nach wie vor auf einem guten Platz, weil wir zusammen mit dem Premierminister und der gesamten Regierung seit drei Jahren enorme Anstrengungen zur Modernisierung unserer Wirtschaft unternommen. Wir verfolgen zwei einfache Ziele: Wir wollen unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, um zu den leistungsstärksten Ländern aufzuschließen und unser Wachstumspotenzial verbessern, indem wir alle Verkrustungen aufbrechen, die sich im Laufe der Jahrzehnte gebildet haben.

So haben wir die Überstunden freigegeben und von der Steuer befreit, um das Hindernis der 35-Stunden-Woche zu überwinden; und in einer großen Reformbewegung unserer Verwaltung haben wir beschlossen, jeden zweiten Beamten, der in den Ruhestand geht, nicht zu ersetzen.

So haben wir die Gewerbesteuer abgeschafft, eine Steuer die es in dieser Form nur in unserem Land gab und die sich negativ auf Unternehmensinvestitionen ausgewirkt hat.

So haben wir das attraktivste Steuersystem aller OECD-Länder zur Förderung der Forschung in unseren Unternehmen verabschiedet.

So haben wir unseren Universitäten völlige Autonomie übertragen, damit sie zum Beispiel Vereinbarungen mit Privatunternehmen schließen oder ihre Studienpläne anpassen können.

So haben wir die große Staatsanleihe aufgelegt, durch die wir die Möglichkeit haben, 35 Milliarden Euro in die Hochschulbildung, die Forschung und die Innovation zu investieren. Mit den privaten Ko-Finanzierungen beläuft sich die Gesamtinvestition in die Zukunftstechnologien auf 60 Milliarden Euro.

So werden wir unser Rentensystem reformieren: Dabei handelt es sich um eine äußerst wichtige Reform, die im Herbst vom Parlament verabschiedet wird; die Reform ist notwendig und richtig, und sie wird Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Parallel dazu wird Frankreich, wie alle seine europäischen Partner, sein öffentliches Defizit abbauen. Es soll von heute 8 % des BIP auf 6 % 2011 und 3 % 2013 zurückgehen. Das entspricht einer Verminderung unseres Defizits von 40 Milliarden Euro bis 2011 und 100 Milliarden bis 2013.

Diese Reformen sind auch notwendig, um das Vertrauen der Welt in die französische Wirtschaft zu stärken. Sie bringen bereits erste Ergebnisse: 2009, auf dem Höhepunkt der Krise, gingen die ausländischen Direktinvestitionen in Frankreich nur um 4 % zurück; weltweit waren es 37 %. Frankreich besetzt heute, nach den Vereinigten Staaten und China, immer noch Platz drei der Zielländer für Direktinvestitionen.

*
* *

Meine Damen und Herren Botschafter,
am 12. November übernimmt Frankreich den Vorsitz der G20 für ein Jahr und am 1. Januar 2011 den Vorsitz der G8.

Eine große Verantwortung zu einem Zeitpunkt, wo Fragen zum Sinn und Zweck dieser beiden Gremien laut werden.

Die G20, die auf Vorschlag von Frankreich eingerichtet wurde, macht heute 85 % der weltweiten Wirtschaftskraft aus. Sie hat es den wichtigsten Wirtschaftsmächten ermöglicht, die schwerste Krise seit der Krise der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts erfolgreich zu überstehen.

In erster Linie, weil sie das weltweite Wachstum koordiniert gestützt hat. Die Ergebnisse liegen auf der Hand: Anfang 2009 kündigte der IWF an, die Rezession würde sich 2010 fortsetzen. Dank des Vorgehens der G20 hat die Welt schneller zum Wachstum zurückgefunden als erwartet. Das gilt auch für Frankreich: Der IWF hatte uns 0,3 % in Aussicht gestellt; wir erreichen 2010 mindestens 1,4 %.

Um aber die Weltwirtschaft auf Dauer zu sichern, mussten neue Regeln für das Finanzsystem aufgestellt werden. Dazu wurden Reformen beschlossen und umgesetzt, die früher undenkbar gewesen wären: Die Aktivitäten der Spekulationsfonds sind heute reguliert; die Ratingagenturen müssen sich registrieren lassen; die Zahlung von Boni in den Banken ist durch strenge Regeln begrenzt, und im Falle von Verlusten oder schlechten Leistungen werden Mali berechnet. Schließlich verschwinden immer mehr Steueroasen: 500 Abkommen zum Informationsaustausch in Steuerfragen wurden seit dem Londoner G20-Gipfel unterzeichnet, das Bankgeheimnis wird überall in der Welt gelockert, und gegen Steuerparadiese, die die neuen internationalen Regeln nicht einhalten, werden Sanktionen verhängt.

Im Übrigen musste ein Dialog angestoßen werden, damit nachhaltig die gefährlichen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft aufgefangen werden: hier massive Überschüsse, dort unhaltbare Defizite. Dieser Dialog ist beim Gipfel in Pittsburgh mit der Einführung des Rahmens für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum in Gang gekommen. 2011 wird es darum gehen, ihn zu vertiefen und zu erweitern; die Koordinierungsmechanismen zu festigen; die multilaterale Aufsicht zu verstärken; das Anforderungsniveau bereits gesteckter Ziele anzuheben, und zwar mit konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und einem entsprechenden Zeitplan für ihre Erreichung.

Insgesamt hat die „Krisenzeiten“-G20 beachtliche Arbeit geleistet – so wie es sie noch nie gegeben hat.

Heute, wo wieder relative Ruhe eingekehrt ist, besteht die Versuchung, die Ziele der G20 auf die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen zu beschränken und sie 2011 durch einige nützliche Maßnahmen zu ergänzen: Ausweitung der Regulierung in den Bereichen, in denen sie noch unzureichend ist; Prüfung der Umsetzung der Abkommen zum Informationsaustausch in Steuerfragen,

die seit dem Londoner Gipfel unterzeichnet wurden; Verabschiedung wirkungsvoller Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung; Stärkung des Mandats des Forums für Finanzstabilität; und ganz allgemein die Überprüfung der Bankenregulierung, um zu vermeiden, dass sich eine solche Krise, wie wir sie erlebt haben, wiederholt.

Zu all diesen Themen liegen genaue Vorschläge auf dem Tisch, zum einen, um den Gipfel in Seoul aufs Beste vorzubereiten und zum anderen, um die Ergebnisse von Seoul 2011 weiterzuführen.

Die begonnene Arbeit fortzusetzen ist natürlich wichtig! Es geht um die Glaubwürdigkeit der G20. Aber reicht das aus?

Ich sage ganz klar: Sich an diese Tagesordnung zu halten hieße, die G20 zum Erlahmen zu bringen und die Welt neuen Krisen auszusetzen.

Paradoxerweise war es einfacher, mutig zu sein, als die Welt am Rande des Abgrunds stand und man tatsächlich kaum eine Wahl hatte. Heute haben wir die Wahl: Wir können die offenen Baustellen zu Ende führen und uns mit unvorhergesehenen Entwicklungen dann beschäftigen, wenn sie auftreten, unsere Ansprüche also darauf beschränken; oder aber wir machen neue Baustellen auf, Baustellen, die schon lange in der Sackgasse stecken und von denen ebenfalls die Stabilität und der Wohlstand der Welt abhängen.

Frankreich schlägt seinen Partnern die anspruchsvolle Entscheidung vor. In der Überzeugung: Nur die G20 verfügt über das spezifische Gewicht, die Legitimität und die Entscheidungsfähigkeit, die notwendig sind, um den großen Themen der Zukunft den unverzichtbaren Impuls zu geben.

Welche sind das? Frankreich wird sich diesbezüglich mit seinen Partnern beraten. Für Frankreich selbst sind es drei:

Das erste ist die Reform des Internationalen Währungssystems.

Wer wird bestreiten, dass die instabilen Wechselkurse das globale Wachstum gefährden? Wie können die Unternehmen ihre Produktion und ihre Exporte planen, wenn zum Beispiel der Euro ganz plötzlich von 1 Dollar für 1 Euro auf 1,60 Dollar für 1 Euro steigt, bevor er in wenigen Wochen wieder auf 1,27 fällt?

Der Wohlstand der Nachkriegszeit war nicht zuletzt Bretton Woods und seinen Regeln und Institutionen zu verdanken. Seit Anfang der 1970er Jahre leben wir in einem Nicht-Weltwährungssystem.

Es geht natürlich nicht darum, zu einem System mit festen Wechselkursen zurückzukehren. Was heute wünschenswert und sogar notwendig ist, ist die Einführung von Instrumenten, damit die übermäßige Volatilität der Währungen und die Zunahme monetärer Ungleichgewichte ebenso vermieden werden wie auch der Versuch der Schwellenländer, die mit dem plötzlichen und massiven Abzug internationalen Kapitals konfrontiert waren, immer mehr Wechselkursreserven anzuhäufen.

Ich weiß, dass dies ein heikles Thema ist. Und Frankreich gedenkt, seinen Partnern vorzuschlagen, tabufrei und doch mit aller gebotenen Vorsicht darüber zu sprechen. Warum sollte man beispielsweise nicht mit einem Seminar der besten Fachleute anfangen, das vielleicht in China stattfinden könnte?

Im Grunde könnten drei Ansätze geprüft werden:

1. Wir müssen zunächst unsere Krisenbewältigungsmechanismen verstärken: Seit 1990 haben die Schwellenländer 42 Mal einen plötzlichen Abzug ausländischen Kapitals erlebt, was ihre Stabilität und ihr Wachstum gefährdet hat. Wir müssen neu über die internationalen Sicherungsmechanismen

nachdenken, damit wir über wirksamere und schnellere multilaterale Instrumente verfügen, um solchen Krisen vorzubeugen und sie zu bewältigen.

Erste Überlegungen wurde zu den IWF-Instrumenten angestoßen. Die Finanzkrise wie auch die Euro-Krise haben gezeigt, dass die Welt, um die Stabilität gewährleisten zu können, in der Lage sein muss, schnell enorme Summen bereitzustellen, um irrationalen Marktspekulationen zu begegnen.

Ich wünsche mir auch, dass wir über die internationale Doktrin zum Kapitalverkehr diskutieren. Wir haben jahrelang in der Illusion gelebt, die Öffnung der Kapitalmärkte wäre immer ein Fortschritt. Die Wirklichkeit hat uns gezeigt, dass dies nicht so ist. Regulierende Maßnahmen von Ländern, die in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängen, sind im Krisenfall berechtigt. Die beste Gewähr gegen den Anstieg protektionistischer Gefahren sind, hier wie anderswo, multilaterale Regeln.

2. Dann müssen wir uns fragen, ob in einer multipolaren Welt ein internationales Währungssystem, das von einer einzigen Währung beherrscht wird, noch angemessen ist. Tatsache ist: Der Aufstockung der Währungsreserven in einigen Ländern steht die zunehmend defizitäre Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten gegenüber.

In London haben die G20-Länder eine Zuweisung von 250 Milliarden Sonderziehungsrechte beschlossen. Diese Mittel stoßen heute zunehmend auf Interesse. Wir sind weit entfernt von der Einführung einer Weltwährung, wie Keynes sie mit dem Bancor anstrebte. Aber ein internationales Reservemedium, das nicht von einem einzigen Land ausgegeben wird, würde eine Stärkung des gesamten Systems ermöglichen.

3. Schließlich müssen wir Möglichkeiten finden, um die Wirtschafts- und Währungspolitik der großen Wirtschaftszonen besser koordinieren zu können. Mit der G20 haben wir in Pittsburgh den Rahmen festgelegt, der jedem von uns die Möglichkeit geben soll, eine geeignete Wirtschaftspolitik zu führen, um ein hohes, stabiles Wachstum zu erreichen und zugleich die internationalen Ungleichgewichte zu verringern.

Wir müssen aber sicher noch weiter gehen und einen neuen Abstimmungsrahmen für die Währungsentwicklungen festlegen. Das Forum dazu ist derzeit die G7 der Finanzminister und Zentralbankgouverneure. Aber wie kann man heute ohne China über Wechselkurse sprechen? Wir müssen darüber diskutieren, welche Antwort auf diese unumgängliche Frage die beste ist.

Diese Themen sind nicht tabu. Man sollte darüber ernsthaft in dem Forum zu diskutieren, das dafür am besten legitimiert und am effizientesten ist, nämlich die G20.

Es ist sogar notwendig. Warum also warten? Und worauf übrigens? Auf die nächste Krise, die wieder unberechenbare Folgen haben wird?

Das zweite Thema, das wir behandeln müssten, ist die Volatilität der Rohstoffpreise, wie gerade der drastische Anstieg der Weizenkurse zeigt.

Wer erinnert sich nicht an die „Hungerrevolten“ in Haiti oder in Afrika, als die Preise für bestimmte Nahrungsmittel 2008 plötzlich explodierten? Wer hat vergessen, welche dramatische Folgen für die Weltwirtschaft der drastische Anstieg der Öl- und Gaspreise hatte, die ebenso schnell wieder fielen?

Wer wird wagen zu sagen, das Thema sei zu schwierig und man solle lieber nichts tun?

Frankreich schlägt seinen G20-Partnern vor, dieses Thema mutig und pragmatisch anzugehen. Drei Punkte könnten geprüft werden.

Zunächst einmal sollte man über die Funktionsweise der Rohstoffderivate nachzudenken. Warum sollten wir den Derivatemarkt nur im Finanzbereich regulieren? Die Regulierung auch auf die Rohstoffe auszudehnen, ist möglich und wünschenswert. So werden wir die Spekulation eingrenzen.

Dann könnten mit Blick auf die Agrarrohstoffe mehrere Aspekte unvoreingenommen geprüft werden: Markttransparenz, Bevorratungspolitik, aber auch die Einrichtung von Versicherungsinstrumenten durch die internationalen Finanzinstitutionen, damit sich die Importländer gegen die Kursvolatilität absichern können.

Schließlich die Energiepreise, die seit dem Gipfel in Pittsburgh auf der Tagesordnung der G20 stehen. Frankreich soll in Seoul und beim Gipfel 2011 Maßnahmen vorschlagen, wie gegen die Volatilität der Preise vorgegangen werden kann. Wir schlagen Transparenzmaßnahmen und einen vertieften Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern vor, um die Kursschwankungen einzugrenzen.

Drittes Thema, das Frankreich für den G20-Vorsitz vorschlägt: Die Reform der internationalen politischen Ordnung, über die ich hier an dieser Stelle vor einem Jahr ausführlich gesprochen habe.

Die G20 hat entschieden, weltweit als „Hauptforum“ für Wirtschafts- und Finanzfragen zu fungieren. Daher muss sie sich die Mittel verschaffen, um effizienter arbeiten zu können. Sollte man nicht ein G20-Sekretariat einrichten, um in Verbindung mit allen betroffenen internationalen Organisationen permanent die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen zu beobachten und die Themen zu bearbeiten?

Muss nicht die G20 auch neue Themen, z. B. die Entwicklungspolitik, auf die Tagesordnung nehmen? Sollte man dort nicht auch die Regeln für ein gutes Verhalten und eine gute Praxis in Sachen öffentliche Entwicklungshilfe verabschieden? Sollte man dort nicht über innovative Finanzierungen sprechen, unter anderem auch über eine mögliche Finanztransaktionssteuer? Solche Finanzierungen sind unverzichtbar, wenn wir die Millenniumsziele erfüllen und die Finanzierung der Vereinbarung von Kopenhagen zum Klimawandel sicherstellen wollen.

Sollte man nicht überhaupt im Rahmen der G20 über die Finanzierung eines Klimaabkommens sprechen? In dem Moment, wo die Bekämpfung des Klimawandels auf der Stelle tritt, nach der Enttäuschung von Kopenhagen und dem festgefahrenen Gesetzgebungsprozess in den Vereinigten Staaten ist es von höchster Wichtigkeit, dass Europa und die anderen Industrieländer ihre Verpflichtungen einhalten. Es ist wichtig, dass die Kopenhagener Vereinbarung umgesetzt wird, ob nun „fast start“, innovative Finanzierungen oder Schutz der Waldgebiete. Cancun ist eine wichtige Etappe, aber der entscheidende Moment zur Besiegelung eines Abkommens wird höchstwahrscheinlich der Gipfel im November 2011 in Südafrika sein. Der G20-Gipfel in Frankreich wird kurz davor stattfinden. Ich werde mit Präsident Zuma darüber sprechen, denn dort könnten entscheidende Fortschritte beschlossen werden.

Frankreich wird außerdem eine breiter angelegte Debatte über die internationale politische Ordnung empfehlen. Die G20 hat einen entscheidenden Impuls zur Reform der Weltbank gegeben; sie müsste schon in den nächsten Monaten dasselbe in Bezug auf den IWF tun. Und wie könnte sie die UN-Sonderorganisationen außer Acht lassen, die für Wirtschaft, Beschäftigung, Handel usw. zuständig sind. Jede dieser Organisationen ist reformbedürftig. Sie müssen alle lernen, besser zusammen zu arbeiten.

Wie könnte man in diesem Zusammenhang nicht ein deutliches Signal an die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Bezug auf eine Interimsreform des Sicherheitsrats geben? Ohne einen solchen entscheidenden Impuls würde diese Reform, über die seit 20 Jahren in der UNO debattiert wird, noch lange in der Sackgasse stecken.

Ich habe lange über die G20 gesprochen. Noch ein Wort zur G8. Manche haben sie schon totgesagt. Andere dagegen meinen, sie habe eine vielversprechende Zukunft vor sich, wenn sie sich wieder auf Sicherheitsfragen und ihre Partnerschaft mit Afrika konzentriert.

Die Zukunft wird es zeigen, und Frankreich wird diesen Gipfel sorgfältig vorbereiten. Er wird Gelegenheit für Politiker sein, deren Ansichten sich oft sehr ähneln, sich wie im Juni in Kanada über Themen von gemeinsamem Interesse auszutauschen und über die wichtigsten politischen Themen zu sprechen, von Iran bis zum Friedensprozess in Nahost und in Afghanistan.

Bei dem Gipfel, dem ein Treffen der Innenminister der teilnehmenden Länder vorausgeht, soll auch über die Destabilisierung der Länder der Karibik, Westafrikas und der Sahelzone durch die lateinamerikanischen Drogenhändler gesprochen werden, deren Ware für den europäischen Markt bestimmt ist. Gemeinsam wollen wir diese Drogenrouten unterbrechen, den Transitländern helfen und die Europäer von dieser Plage befreien. Wir werden in diesem Zusammenhang sicher auch über den Kampf gegen Al Kaida in der Sahelzone, in Mauritien und in Somalia sprechen müssen.

Das andere große Thema des Gipfels wird die Partnerschaft mit Afrika sein, denn die G8 stellt allein 80 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe. Es wird Sie nicht überraschen, dass Frankreich, als zweitgrößtes Geberland öffentlicher Hilfe weltweit, dieser Partnerschaft eine ganz besondere Bedeutung beimisst. Der Gipfel von Nizza und die Feiern zu den 50. Unabhängigkeitstagen waren Gelegenheit zu bekräftigen, wie stark die Bindungen sind, die uns die Geschichte vermacht hat, und die tiefgreifende Erneuerung unserer Beziehung zu diesem Kontinent zu bestärken. Ich werde das noch einmal unterstreichen am 20. September in New York bei der Eröffnung des Gipfeltreffens über die Millenniumsziele, diesem besonderen Augenblick des internationalen Engagements.

Beim G8-Treffen in Muskoka haben wir unseren afrikanischen Partnern einen Bericht darüber vorgelegt, welche der eingegangenen Verpflichtungen wir bereits erfüllt haben. Umgekehrt wird Premierminister Meles aus Äthiopien beim Gipfeltreffen unter unserem Vorsitz einen Bericht über die Verwendung der Hilfe durch die Afrikaner vorlegen. Auf der Grundlage dieser beiden Berichte werden wir gemeinsam überlegen, wie man diesem Kontinent noch wirksamer helfen kann, damit er den Absprung schafft. Die G8 muss sich stärker denn je für Afrika einsetzen.

Abschließend ein Wort darüber, mit welcher Einstellung ich diesem Jahr der beiden Vorsitze begegnen will. Sagen Sie den Politikern in Ihren Ländern, ob sie der G20 angehören oder nicht, dass Frankreich im Team spielen will, ein offenes Ohr für sie hat und sich möglichst oft mit ihnen beraten will. So wie ich es zum Beispiel beim Frankophonie-Gipfel Ende Oktober in Montreux tun werde.

Meine Damen und Herren Botschafter,
die Themen auf der Tagesordnung der G20- und G8-Gipfeltreffen stehen im Mittelpunkt der Arbeiten Ihrer Konferenz. Darüber freue ich mich, denn über die technischen Aspekte dieser Themen hinaus stellt sich unseren Staaten eine einfache, doch entscheidende Frage: Sind wir gemeinsam in der Lage, der Welt für alle Völker mehr Sicherheit, mehr Wohlstand, mehr Gerechtigkeit zu geben?

Ich danke Ihnen.